

Nikolaus Brauns/Brigitte Kiechle:

„PKK – Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam“

Buchbesprechung von Monika Morres und Günther Böhm

Wer hat jene Situation nicht schon erlebt, in der das Thema „Kurden“ zur Sprache kommt? In den seltensten Fällen reagieren GesprächspartnerInnen lediglich mit einem Achselzucken, sondern je nach Informations- und Kenntnisstand bzw. politischer Einstellung mit Zuschreibungen wie diesen: „Die Kurden werden in der Türkei unterdrückt und müssen hier als Flüchtlinge anerkannt werden“, „die Kurden protestieren auf unseren Straßen, sollen sie das doch in ihrem Land tun“, sie werden umstandslos der „terroristischen“ PKK zugeordnet, wahlweise als rückständig und frauenverachtend oder von bestimmten „linken“ Strömungen als nationalistisch, antisemitisch und führerorientiert stigmatisiert. Die bis heute praktizierte Kriminalisierungs- und Verbotspolitik der verschiedenen Bundesregierungen gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung und ihren Institutionen hat beträchtlich dazu beigetragen, das Bild „der Kurden“ zu verzerren und eine solidarische Haltung zumindest erheblich zu erschweren.

Um dieses Zerrbild wieder zurechtzurücken, sind in letzter Zeit erfreulich viele Bücher über die Hintergründe des seit Jahrzehnten ungelöst schwelenden türkisch-kurdischen Konflikts erschienen, zu dem auch die lange Geschichte des kurdischen Widerstands für die Befreiung von Unterdrückung, Verleugnung und Vernichtung gehört.

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) ist in diesem Kampf zweifellos von zentraler Bedeutung. Ihr ist es zu verdanken, dass die „kurdische Frage“ wieder internationale Aufmerksamkeit erlangt hat, auch in dem Bewusstsein, dass diesem Konflikt nicht nur eine nationale Komponente zugrunde liegt. Schließlich sind die KurdInnen in ihren Hauptsiedlungsgebieten der Türkei, des Irak und des Iran sowie Syriens nicht nur den jeweiligen politischen Regimen ausgesetzt, sondern auch den strategischen, ökonomischen sowie militärischen Interessen der USA und Europas.

Diese Dimension der „kurdischen Frage“ haben der Historiker und Journalist Nikolaus Brauns und die Rechtsanwältin Brigitte Kiechle in ihrem beeindruckenden Buch auf rund 500 Seiten fakten- und detailreich dargestellt. Da die beiden Auto-

ren im Vorwort darauf hinweisen, dass sie „keine Geschichte Kurdistans“ schreiben wollten, beginnt das Buch mit den für KurdInnen folgenschweren „Schicksalstagen“: War im Friedensvertrag von Sèvres im Jahre 1920 noch ein eigener Staat für die Kurden vorgesehen, brachte ihnen der Befreiungskrieg unter der Führung von Mustafa Kemal („Atatürk“) Unfreiheit und Zwangsassimilation mit allen verheerenden bis heute nachwirkenden Konsequenzen. War das Friedensabkommen von Lausanne 1923 die Geburtsstunde der Republik Türkei, bedeutete es für die KurdInnen nicht nur die Zerstörung des Traumes von einem eigenen Staat; von ihnen war überhaupt keine Rede mehr. Schlimmer noch: Die westalliierten Siegermächte des Ersten Weltkriegs und ihre türkischen Verbündeten legten mit dem Abkommen die Vierteilung Kurdistans unter den Ländern Türkei, Iran, Irak und Syrien fest. Gegen diese klassische imperialistische Teile-und-herrsche-Politik, die in der Folge zu brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der jeweiligen Kolonialmacht führte, formierte sich sehr rasch der Widerstand des kurdischen Volkes. Erste Aufstände in der Türkei erfolgten 1924/25, der bekannteste von ihnen war jener der BewohnerInnen der Stadt Dersim, von Staatspräsident Mustafa Kemal als „Krebsgeschwür“ bezeichnet. 1936 wurde über Dersim der Belagerungszustand verhängt. Weil die Bevölkerung von Massendeportationen in den anderen kurdischen Regionen wusste, weigerte sie sich, der Aufforderung des Militärgouverneurs zur Abgabe ihrer Gewehre nachzukommen. Stattdessen wurden im Juni 1937 Polizisten erschossen – der Start zum Volksaufstand, dem sich Tausende von KurdInnen angeschlossen haben. Mit allen militärischen Mitteln ging die türkische Armee gegen die Aufständischen und ZivilistInnen vor. Nach zwei Jahren verzweifelter Kämpfe war von bis zu 70 000 Opfern auf kurdischer Seite die Rede. Dersim wurde umbenannt und erhielt den türkischen Namen „Tunceli“, was so viel wie „Eiserne Faust“ bedeutet. Der Widerstand schien gebrochen.

Hier nun beginnt der Teil, auf dessen Schwerpunkt der Buchtitel so prägnant hinweist, nämlich der über die PKK, deren Gründungskongress am 27. November 1978 im Dorf

Fis in der Provinz Diyarbakir stattfand. Ausführlich wird ihr Weg von der revolutionären Studierendenbewegung, dem Aufbau einer bewaffneten Guerilla, dem ersten Schuss am 15. August 1984 zum Volksaufstand, den politisch-ideologischen, strukturellen und strategischen Entwicklungen der Freiheitsbewegung beschrieben.

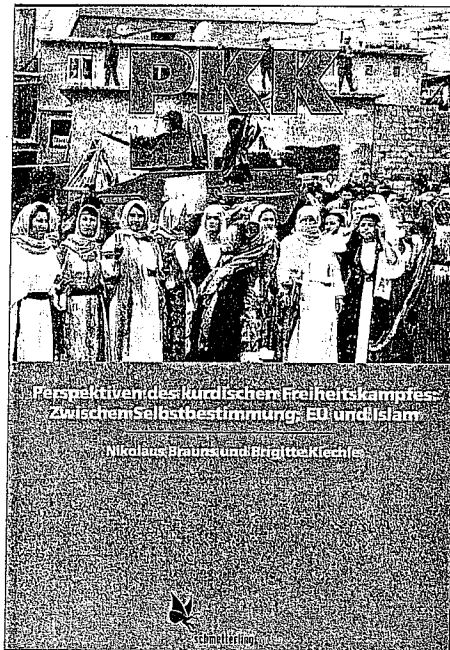
Im Weiteren werden die verschiedenen legalen kurdischen Parteien behandelt, deren erste, die Partei der Arbeit des Volkes (HEP), von sieben aus der sozialdemokratischen SHP ausgeschlossenen Parlamentsabgeordneten gegründet wurde. Die Autoren sehen diese Parteien, die nacheinander in einem für uns fast unvorstellbaren Maß terrorisiert (allein 57 Mitglieder der HEP ermordet), strafrechtlich verfolgt (u. a. Leyla Zana zu 15 Jahren, Mehdi Zana zu 36 Jahren Gefängnis verurteilt) und allesamt verboten wurden, nicht als Anhängsel der PKK, sondern als authentische Volksbewegung mit breitem ideologischem Spektrum und klassenübergreifendem Einfluss. Leyla Zana wird eindrucksvoll als Beispiel für die Emanzipation einer kurdischen Frau geschildert.

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit anderen, meist städtisch geprägten Parteien des linken Spektrums wie der EMEP und der ÖDP wird auf die Schwierigkeit eingegangen, deren Maximalprogramme mit den Zwängen der kurdischen Wirklichkeit zu versöhnen, wodurch die DEHAP – neben massiven Wahlfälschungen und -behinderungen – bei den Parlamentswahlen von 2002 den beabsichtigten Sprung über die 10-Prozent-Hürde bei weitem verfehlte.

Problematisch erscheint den Autoren der Vorschlag der DTP, die Türkei in 25 administrative Gebiete mit eigener Bildungs-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Sozial- und Tourismuspolitik aufzuteilen, weil dies dazu führen könnte, dass die kurdischen Gebiete noch stärker von der zentralen staatlichen Wirtschaftsförderung abgeschnitten werden als bisher.

Sie würdigen den besonderen Einsatz der DTP für die Frauenrechte wie die Durchsetzung einer vierzigprozentigen Geschlechterquote bei allen Parteifunktionen, die geschlechterquotierte Doppelspitze im Parteivorsitz, die vierzehn im Ergebnis der Kommunalwahl von 2009 mit Frauen besetzten Bürgermeisterämter, das Polygamieverbot für Parteimitglieder und die Ahndung und Bestrafung von ehelicher Gewalt bei Kommunalbediensteten. Obwohl diese Maßnahmen möglicherweise zu weiteren Stimmenverlusten gegenüber der religiösen AKP geführt hätten, sei die DTP bei ihrer Frauenpolitik zu keinen Kompromissen bereit gewesen.

Gewürdigt wird das Bemühen der DTP, die Bevölkerung in den kurdischen Gemeinschaften zu einer basisdemokratischen Selbstorganisation zu bewegen und in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse einzubeziehen – bei den traditionell



Nikolaus Brauns/Brigitte Kiechle:
„PKK – Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam“
Schmetterling-Verlag,
Stuttgart 2010,
26,80 €

patriarchalisch bestimmten zentralistischen Parteistrukturen in der Türkei ein beeindruckender Schritt vorwärts. Auch die Kandidatur anderer linker Parteien und Organisationen (vor allem in der Westtürkei) auf den DTP-Listen bei den Kommunalwahlen von 2009 wird hervorgehoben. Dies hätte sich positiv auf die Wahlplattform der DTP ausgewirkt, die „deutlich klassenkämpferischere Forderungen gegen Armut und Erwerbslosigkeit als die vorangegangenen, vor allem auf Demokratie und Menschenrechte zielenden DTP-Programme“ enthalten hätte.

Der grandiose Wahlsieg der DTP bei den Kommunalwahlen von 2009 (die Zahl der von ihr gestellten BürgermeisterInnen in den kurdischen Gebieten konnte nahezu verdoppelt werden) wird vor allem auf ihren missglückten Einsatz als Referendum für das aktuelle türkische Staatssystem durch die AKP zurückgeführt. Die Fahrt der Friedensgruppe aus Mitgliedern der HPG-Guerilla und BewohnerInnen des Lagers Maxmur im Nordirak nach Diyarbakir in einem dreißig Kilometer langen Autokonvoi und ihr Empfang durch mehrere hunderttausend Menschen sei ein regelrechter Triumphzug gewesen, sie habe jedoch die Gefühle der türkischen Nationalisten verletzt. Darauf folgende Bemerkungen von Ministerpräsident Erdoğan und eine Erklärung des Generalstabs seien schließlich das Signal für eine neue Welle rassistischer Gewalt

gewesen. Das darauf folgende Verbot der DTP konnte durch die „2008 sozusagen auf Vorrat gegründete Partei für Frieden und Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi) BDP“ ausgeglichen werden, der ursprüngliche Beschluss der nicht mit einem gerichtlichen Politikverbot belegten DTP-Abgeordneten, ihre Mandate aus Protest niederzulegen, vor allem durch die Mahnung Abdullah Öcalans revidiert worden: „Die Lösung liegt im demokratischen Kampf. Die BDP darf keine Identitätspartei mehr sein. Alle sollen eingeschlossen sein, auch feministische Kreise, Umweltschützer und andere. Die BDP muss in vielen Farben erstrahlen; sie muss die Farbenvielfalt der Türkei reflektieren. Türken und Kurden haben ein gemeinsames Leben bitter nötig.“ Die neue Partei „könne eine Vermittlerrolle übernehmen, wenn ein Dialog entsteht. Doch sei die BDP auch nicht dafür zuständig, die PKK als terroristisch einzustufen, wie von der türkischen Regierung gefordert.“

Wenn es der BDP gelinge, sich auch als Vertretung der gegen die neoliberale Regierungspolitik kämpfenden Arbeiter zu etablieren, könne das ein Weg aus der Isolation als „kurdische Partei“ sein.

Im Kapitel „Wege aus der Isolation“ wird auf das Dilemma der DTP hingewiesen, auf türkischer Seite keine starken Linkskräfte als Ansprechpartner gefunden zu haben, wo v. a. die kemalistische CHP und die faschistische MHP von den deutlichen Verlusten der AKP profitieren konnten. Die bereits von der DTP geforderte landesweite „Dachpartei“ dürfe sich nicht auf die einflusslosen Parteien der türkischen Linken beschränken, sondern müsse die gesellschaftlichen Kampfpotentiale vereinigen. Erste Erfolge habe es seit 2008 bei der wechselseitigen Beteiligung der türkischen Linken an den kurdischen Newroz-Feiern und der Kurden an den Kundgebungen am 1. Mai gegeben.

Hoffnungen auf die Chancen der neuen Friedensbewegung, v. a. des „Friedensrates Türkei“, ein politischer Faktor zu werden, der wesentlich über das traditionelle linke Spektrum hinausgeht, werden angesichts der gegenwärtigen chauvinistischen Verhetzung in größeren Teilen der türkischen Bevölkerung eher gedämpft beurteilt.

Ein erhellendes, wichtiges Kapitel widmen Brauns/Kiechle besonders der Frauenfrage für die kurdische Bewegung, der Schaffung eigenständiger Frauenstrukturen im politischen wie im militärischen Bereich. Sie sind in so extrem patriarchalischen Strukturen wie in Kurdistan aus der Opfer- und Objektrolle herausgetreten und zum wichtigsten Einflussfaktor nicht nur für die kurdische Gesellschaft geworden.

Detailliert dargestellt werden aber auch die von außen auf die PKK einwirkenden Einflüsse, die inneren Widersprüche, die teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen der PKK mit ehemaligen Mitgliedern und anderen kurdischen Gruppen oder die Hintergründe der Konflikte mit linken türkischen

Organisationen. Die 1990er Jahre waren einerseits geprägt von einer breiten Unterstützung der PKK in der Bevölkerung, andererseits durch die Kämpfe gegen den Spezialkrieg der türkischen Armee, der Vertreibung, Tod und Elend zur Folge hatte. Um die Chance zu einer politischen Lösung zu eröffnen, erklärte die PKK mehrmals einseitige Waffenstillstände, die aber – bis zum heutigen Tage – weder in der Türkei noch bei der internationalen Staatengemeinschaft eine Reaktion hervorriefen. Stattdessen wurde 1999 der damalige PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan in einer geheimdienstlichen Operation aus Kenia in die Türkei verschleppt, vor Gericht gestellt und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Seitdem befindet sich die „Führungspersonlichkeit des kurdischen Volkes“ auf der Insel İmralı, lange Jahre als einziger Gefangener unter Isolationshaftbedingungen; vor einigen Monaten wurden durch EU-Intervention weitere Häftlinge auf die Insel verlegt.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen nach der Festnahme Öcalans über den weiteren Weg der PKK und die Machtfrage waren außerordentlich heftig und drohten die Organisation zu zerreißen. Auch die Hoffnungen des türkischen Staates, endlich das so häufig herbeigeredete nahende Ende der Bewegung – sprich: die Kapitulation – ankündigen zu können, wurden nicht erfüllt. Die PKK formierte sich neu und auf ihrem 8. Parteikongress konnte sie bekannt geben, dass ihre „historische Mission vollendet“ sei und ab 4. April 2002 jede Tätigkeit unter diesem Namen eingestellt werde. Aus ihr ging der „Kongress für Freiheit und Demokratie“ (KADEK) hervor, der Parteien und Organisationen in allen Teilen Kurdistans koordinieren sollte, die sich eine demokratisch-politische Konfliktlösung zum Ziel gesetzt haben.

Der im März 2003 angezettelte Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak führte in der Bewegung wieder zu heftigen Differenzen und Zerwürfnissen in der Frage der Einschätzung dieser Intervention für die Lösung der kurdischen Frage. Im November erklärte KADEK seine Selbstausslösung und zwei Wochen später folgte die Gründung des „Volkskongresses von Kurdistan“ (KONGRA-GEL). Als dessen Vorsitzender wurde Rechtsanwalt Zübeyir Aydar gewählt, ehemals Vizepräsident des Menschenrechtsvereins İHD und Abgeordneter der HEP.

Die bereits am 1. September 1999 aus der Türkei in die nordirakischen Kandil-Berge zurückgezogene Guerilla, die sich als „legitime Selbstverteidigung“ mit organisatorisch unabhängigen Strukturen verstand, erklärte den seitdem geltenden Waffenstillstand am 1. Juni 2004 für beendet, nachdem die türkische Armee monatelang Militäroperationen gegen sie durchführte.

Zu einer offenen Auseinandersetzung innerhalb des KONGRA-GEL über die strategische Orientierung im Irak und in der Türkei kam es im Winter 2003/2004. Rund eintausend ehemalige AktivistInnen, darunter Öcalans Bruder, verließen

Ein erhellendes, wichtiges
Kapitel widmen
Brauns/Kiechle besonders
der Frauenfrage für die
kurdische Bewegung

die PKK. Ein Teil von ihnen begann ein neues Leben in Südkurdistan/Nordirak oder in Europa, ein anderer gründete im August 2004 die Patriotisch-Demokratische Partei (PWD), deren Aktivitäten Abdullah Öcalan als eine „gefährliche rechte nationalistische Linie“ verurteilte. Ein politischer Faktor in der Region ist die PWD jedoch bis heute nicht.

Die Reaktion der USA auf die KONGRA-GEL-Gründung war eindeutig. „Die PKK/KADEK, auch unter jedem Alias-Namen, ist eine terroristische Organisation und keine Namensänderung oder Presseerklärung kann diese Tatsache ändern“, so der Kommentar eines US-Regierungssprechers. Damit ist dann auch die im Mai 2005 auf der dritten Vollversammlung des KONGRA-GEL gebildete „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan“ (KCK) gemeint, die die Idee des demokratischen Konföderalismus praktisch umsetzen soll. Sie versteht sich als Dachverband aller aus der PKK hervorgegangenen Organisationen in allen Teilen Kurdistans und der Diaspora.

„Die Kriegsführer in Kurdistan haben heute die Absicht, die Kurden und die kurdische Frage als Schlagstock gegen all diejenigen zu benutzen, die sich im Mittleren Osten den Plänen der Großmächte entgegenstellen. Weil wir uns diesen Plänen nicht unterwerfen, sind wir in Deutschland verboten und werden in den USA und in der EU als terroristisch gebrandmarkt“, warnte der KONGRA-GEL 2008 in einem Grußwort zu einer Antikriegsdemonstration in Berlin.

Damit sei übergeleitet zu dem Kapitel „Hauptfeind der inneren Sicherheit – Deutschland, die Türkei und die Kurden“, das mit einem Rückblick auf die deutsch-türkischen Beziehungen deutlich macht, dass insbesondere die viel beschworene Waffenbrüderschaft auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Schon 1838 war der deutsche Offizier Helmuth von Moltke beim Aufbau der osmanischen Armee behilflich und als Militärberater an der Niederschlagung kurdischer Aufstände beteiligt. An dieser „Tradition“ hat sich auch in unseren Tagen wenig geändert. In jeder Statistik über weltweite Rüstungsexporte steht Deutschland regelmäßig im vorderen Drittel der Staaten und die Türkei gehört zu den wichtigsten Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter und Waffen, die je nach Art gegen die Kurden eingesetzt werden. Außerdem ist die Türkei wichtigster Handelspartner der Türkei. Seit 1980 wurden deutsche Investitionen in Höhe von über 5,8 Milliarden Dollar getätigt.

Grund genug für deutsche Regierungen, den Wünschen und Forderungen der Türkei nachzukommen. Je erfolgreicher sich die PKK in den 1980er und -90er Jahren zu einer selbstbewussten Massenbewegung entwickelte und die Guerilla der türkischen Armee die Stirn bieten konnte, umso massiver operierte der Geheimdienst MIT auch im westeuropäischen Aus-

land, insbesondere in Deutschland mit der größten kurdischen Diaspora. So begann eine beispiellose Hetzkampagne durch PolitikerInnen, Polizei, Justiz und den überwiegenden Teil der Medien, flankiert von anderen kurdischen Gruppierungen. Die PKK wurde zum „Hauptfeind der inneren Sicherheit“ erklärt und ihre AnhängerInnen fortan strafrechtlich verfolgt, festgenommen und nach § 129a Strafgesetzbuch als Mitglieder einer „terroristischen“ Vereinigung angeklagt und zu Freiheitsstrafen verurteilt. Vielen dürfte der berühmte „Düsseldorfer Prozess“ in ungueter Erinnerung sein, der im Oktober 1989 begann und im März 1994 endete: Von den ursprünglich über zwanzig Angeklagten waren lediglich noch vier übrig. Dieser Prozess war einer der größten in der deutschen Rechtsgeschichte.

Bei einer Bombardierung der kurdischen Stadt Lice in der Provinz Diyarbakır wurden am 22. Oktober 1993 rund dreißig Bewohner getötet und über sechshundert Häuser und Geschäfte zerstört. Das brachte die KurdInnen europaweit auf die Straßen. In Deutschland wurden türkische Vertretungen, Cafés und Reisebüros angegriffen; bei einem der Anschläge kam ein Mensch ums Leben. Obwohl die Urheberschaft an den Protestaktionen der PKK nicht nachgewiesen werden konnte, verfügte der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther am 26. November 1993 in einem 53-seitigen Bescheid das Betätigungsverbot der PKK, der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK sowie die Auflösung verschiedener Institutionen und der „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan“ mit 29 örtlichen Vereinen. Jede kurdische Aktivität wurde fortan strafverfolgt, Demonstrationen, Kundgebungen und selbst Hochzeiten oder Fußballspiele verboten, weil sie angeblich PKK-gesteuert seien. Hausdurchsuchungen, Vereins-

razzien, Beschlagnahmungen wurden zum Alltag der KurdInnen; zehntausende Ermittlungsverfahren nach § 20 Abs. 4 des Vereinsgesetzes wegen des Zeigens von Symbolen und Fahnen oder des Rufens von Parolen führten zu Verurteilungen und teilweise sehr hohen Geld-, mitunter auch Gefängnisstrafen. In dicken Lettern hetzten die Medien gegen die „Terrorkurden“, wodurch über eine halbe Million kurdischer MitbürgerInnen unter einen Generalverdacht gestellt wurden. Weit über hundert mutmaßliche PKK-FunktionärInnen fanden sich in den Folgejahren vor Gericht wieder und sahen sich konfrontiert mit dem Vorwurf, Mitglied einer terroristischen, ab 1998 „nur noch“ einer kriminellen Vereinigung zu sein. Viele von ihnen waren bereits in der Türkei jahrelang inhaftiert und schwerstens gefoltert worden. In den Prozessen vor deutschen Gerichten spielte das genauso wenig eine Rolle wie die oft ausführlichen Erklärungen der Angeklagten über die Hintergründe des kurdischen Freiheitskampfes oder die weitreichenden strukturellen Änderungen und politischen Umorientierungen der kurdischen Bewegung. Für die Bundesanwaltschaft und die Richter der Oberlandesgerichte galt und gilt:

PKK = KADEK = KONGRA-GEL = KCK = PKK.

Die Anschläge des 11. September 2001 und die nur wenige Wochen danach durch den Bundestag gepeitschten Anti-Terror-Gesetzespakete des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily wirkten sich in der Praxis verheerend auf die kurdische Bewegung und ihre AnhängerInnen aus. Die Aufnahme von PKK/KADEK und KONGRA-GEL in die US- und EU-Terrorlisten hatten weitere gravierende Folgen und wirken bis heute nach: Nachdem 2007 eine sogenannte Anti-PKK-Koordination aus Vertretern der USA, der Türkei, des Irak unter Mitwirkung der EU gebildet wurde, steht die Bekämpfung der kurdischen Freiheitsbewegung obenan auf der Agenda jedes Treffens und findet seine praktische Anwendung nicht nur gegen die Guerilla in den Kandil-Bergen, sondern seit Beginn dieses Jahres auch in Europa. Länder, die bis dahin eher zurückhaltend waren und eine politische Berätigung kurdischer PolitikerInnen und die Existenz kurdischer Institutionen tolerierten, gehen nun massiv gegen diese vor. Ziel dieser koordinierten Aktionen ist, die Organisationen durch finanzielle Austrocknung und Zerschlagung ihrer Strukturen als „Störfaktor“ bei der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens endgültig zu beseitigen. Die Zukunft wird zeigen, ob es den Kriegstreibern gelingt, ihre Pläne zu verwirklichen. Die Kraft der KurdInnen sollten sie nicht unterschätzen.

Deshalb ist es das ungeheure Verdienst von Nick Brauns und Brigitte Kiechle, sich so ausführlich, sachlich, kritisch-solidarisch und nachvollziehbar mit der Geschichte und Bedeutung der PKK und den Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes zu befassen in einer Zeit, in der diese entweder auf Gleichgültigkeit oder Ablehnung stoßen und dominiert werden von der Deutungshoheit der imperialistischen Kräfte in den USA und der EU, wofür die sogenannten Terrorlisten den Rahmen bilden. Dieses Buch ist fraglos ein wichtiger Beitrag, den' „bösen Blick“ auf die PKK und die aus ihr hervorgegangenen Organisationen in eine andere Richtung zu wenden

Dieses Buch ist fraglos ein wichtiger Beitrag, den „bösen Blick“ auf die PKK und die aus ihr hervorgegangenen Organisationen in eine andere Richtung zu wenden

vorgegangenen Organisationen in eine andere Richtung zu wenden. Nämlich deutlich zu machen, dass der kurdische Freiheitskampf keine „kriminelle“ oder „terroristische“ Angelegenheit ist, die die Herrschenden glauben, mit dem Polizei- und Strafrecht erledigen zu können. Brauns/Kiechle schreiben, dass es ihr Anliegen war, „die Informationslücke hinsichtlich der Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung zu schließen und die Bedeutung der zivilen kurdischen Selbstorganisation, der Frauenbewegung und die Zuspitzung der gewerkschaftlichen Kämpfe gegen die neoliberale Politik“ herauszuarbeiten.

Das ist ihnen hervorragend gelungen.

Zum Schluss stellt sich noch die Frage, was die beiden Autoren zu einer so umfassenden und gründlichen Analyse beflügelt hat. Warum nicht viele andere und warum nicht schon längst? Was brachte sie dazu, die gängigen Vorurteile (Tribalismus, Nationalismus, Stalinismus, Opportunismus, Terrorismus, Antisemitismus, Sexismus, Drogen- und Menschenhandel usw. usw.) zu hinterfragen und zu überwinden? Wir meinen, es war der eigene Eindruck, waren persönliche Begegnungen und Freundschaften und immer wieder die eigene Erfahrung einer gewaltigen, begeisterten und wütenden, verzweifelten und hoffnungsvollen, vor allem aber einer sich zusehends weiterentwickelnden und erneuernden sozialen Bewegung. Brigitte und Nick sind immer wieder in Kurdistan gewesen und haben sich „vor Ort“ ihr Urteil gebildet. Diese persönlichen Erfahrungen sind allein in der Lage, überkommene Vorurteile und Lehrmeinungen zu relativieren. Sie schaffen Vertrauen, Engagement und Solidarität.

Will sagen: mehr Delegationsreisen! – als Gäste und TeilnehmerInnen zu den Newrozfeiern, als BeobachterInnen zur nächsten Wahl, als ZeugInnen von Menschenrechtsverletzungen oder zu eigenen „Feldforschungen“. Mehr Augenschein und Begegnungen, mehr Begeisterung, wie sie bei uns selten geworden ist, mehr Hoffnung und Solidarität. Auch wir haben sie bitter nötig! ♦



Mit der Festnahme der FriedensbotschafterInnen macht die türkische Regierung der Bevölkerung deutlich, was sie über einen wirklichen Friedensprozess denkt.

Foto: DIHA